

Liebe Gäste,

sehr geehrte Referenten,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte Sie und Euch recht herzlich zu unserem Fachgespräch begrüßen.

Inhalt unserer Veranstaltung heute ist die Frage, wie die Akzeptanz von Windkraft- und großen Photovoltaik-Anlagen gesteigert werden kann. Und zwar insbesondere durch Modelle, die nicht nur einzelnen Personen zu Gute kommen – also etwa dem Bauern, auf dessen Boden Windkraftanlagen stehen – sondern den betroffenen Standort-Gemeinden insgesamt.

Warum wir uns damit beschäftigen liegt auf der Hand: Der Ausbau von Ökostromanlagen muss weiter vorangehen, wenn wir die Klimaschutzziele von Paris erfüllen wollen. Und wir als LINKE wollen das ebenso wie die übergroße Mehrheit der Bevölkerung.

Die Anlagen sind aber ohne Zweifel ein Eingriff in das Landschaftsbild und beanspruchen Fläche. Vor Ort gibt es deshalb nicht selten Konflikte. Hier sind also Lösungen gefragt, die die Gemeinden besser in die Planung einbinden und ihnen auch finanziell eine Gegenleistung dafür bieten, dass sie für den sichtbarsten Teil der Energiewende einstehen.

Darüber hinaus gibt es gelegentlich auch Konflikte mit dem Naturschutz. Mit letzterem, und auch mit Fragen einer intelligenten Landschaft-schonenderen Gestaltung der Planung, haben wir uns bereits vor eineinhalb Jahren in einem Fachgespräch beschäftigt. Heute wollen wir uns auf die Beteiligung der Kommunen konzentrieren.

Liebe Gäste,

seit einiger Zeit ist klar: Neue Ökostromanlagen haben nicht nur ökologisch, sondern auch technisch und wirtschaftlich gesiegt über die überkommene fossil-atomare Energieversorgung. Neuanlagen produzieren bereits preiswerter als neue Kohlekraft- oder Gaskraftwerke. Scheitern wird die Energiewende also an diesen Punkten nicht. Und die Weichen zumindest für den Zubau von Windkraft und PV sind bis 2030 selbst nach dem neuen Koalitionsvertrag so gestellt, dass es zu einem ambitionierten Ausbau kommen wird. 65 Prozent Ökostromanteil bis 2030 sind (fast) okay, auch wenn der Koalitionsvertrag u.a. in Sachen Kohleausstieg eine Katastrophe ist.

Ausgebremst werden könnte der Ausbau der Erneuerbaren also nur noch an fehlender Akzeptanz. Nicht umsonst sucht selbst die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag nach einem besseren Modell zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern - und vor allem für Kommunen.

Das Ganze auch war bereits Thema im Bundesrat, wo die Länder auf bundeseinheitliche Lösungen drängen. Kein Wunder, denn seit der Umstellung auf Ausschreibungsmodelle bei Windkraft und großer PV setzt jede Landesregierung Ökostrom-Investoren vor Ort potentiell in einen Wettbewerbsnachteil, wenn diese im Bundesland verpflichtet werden, Standortgemeinden ein Stück vom Kuchen abzugeben. Zumindest wenn dies die Nachbar-Bundesland nicht in einem ähnlichen Umfang tun.

Abgesehen von Bund oder Land stellt sich die Frage - dürfen die das überhaupt?!

Warum soll denn der Staat Windkraftfirmen vorschreiben dürfen, dass diese über die üblichen Steuern hinaus Abgaben an Gemeinden vor Ort abdrücken müssen? Sind Wind und Sonne etwa ein öffentliches Gut, das privat genutzt wird? Kurz gesagt, wem gehört der Wind?

Genau damit werden sich gleich **Professor Dr. Thorsten Beckers** und **Ralf Ott** von der TU Berlin beschäftigen, die am Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP) forschen und lehren. Dabei werden sie auch erläutern, welche Modelle bereits existieren wie andere Länder mit dem Problem umgehen.

Herzlich willkommen!

Anschließend wenden wir uns neuen Modellen zu, die aktuell in Deutschland diskutiert werden.

Zunächst zwei Vorschlägen, die im Auftrag der Denkfabrik Agora Energiewende entstanden. Wir freuen uns, dass wir **Dr. Gerd Rosenkranz** gewinnen konnten, sie uns zu erklären. Er ist nämlich seit einigen Monaten im wohlverdienten Ruhestand, hat aber das Agora-Projekt zur Akzeptanzsteigerung der Windkraft geleitet. Nach den Vorschlägen, die wohl auch das BMWi gerade diskutiert, könnte eine Windkraft-Abgabe eingeführt werden, welche den Standortgemeinden zu Gute käme. Ein zweiter Vorschlag hat unter anderem zum Ziel, die Flächensteuerung bei der Planung von Windenergieanlagen sowie die Öffentlichkeitsbeteiligung bei Genehmigungsverfahren zu verbessern.

Gerd Rosenkranz, auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Ein drittes Modell des Brandenburgischen Städte- und Gemeindebundes wiederum will einen ganz anderen Weg gehen. Auch hier erhalten die Standortgemeinden Geld, allerdings zahlt hier nicht der Windkraft-Betreiber, sondern der Stromkunde. Aber der Stromkunde zahlt indirekt ja auch beim Agora-Modell, das werden wir nachher sicher genauer hören.

Den Vorschlag des Brandenburgischen Städte- und Gemeindebundes wird uns dessen Schöpfer **Sebastian Kunze** vorstellen. Herr Kunze ist im Verband Referatsleiter für wirtschaftliche Betätigung und Energiewirtschaftsrecht.

Herr Kunze, Danke auch Ihnen, dass Sie Zeit gefunden haben. Herzlich willkommen!

So, genug der Vorrede.

Ich möchte mich für die Aufmerksamkeit bedanken und hoffe auf interessante Vorträge und eine tolle Debatte, die wir für die letzte Stunde des Fachgesprächs vorgesehen haben. Ihren weiteren Verlauf lege ich nun in die Hände meiner Mitarbeiterin **Cornelia Uschtrin**, die heute moderieren wird.